

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 135. Ratssitzung vom 22. August 2012

2964. 2012/230

Weisung vom 06.06.2012:

Städtische Gesundheitsdienste, definitive Einführung der Fachstelle für präventive Beratung im Alter, Bewilligung jährlich wiederkehrender Ausgaben ab 2013

Antrag des Stadtrats

Für die Fachstelle für präventive Beratung im Alter werden ab 1. Januar 2013 jährlich wiederkehrende Bruttoausgaben von höchstens Fr. 406 100.– bewilligt.

Referentin zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Marianne Dubs Früh (SP): Das dreijährige Projekt wurde mit dem Ziel eingeführt, die Lebensqualität älterer, noch selbständig wohnender BewohnerInnen der Stadt Zürich zu verbessern. Damit könnte in einigen Fällen die Einweisung in ein Altersheim hinausgezögert werden. Die Organisation des Projektes ist bei der Spitex Zürich angegliedert. An Menschen ab 70 Jahren wird ein Fragebogen verschickt. Gut ausgebildete Case-Managerinnen besuchen die Interessierten dann Zuhause, um ihre Gesundheitskompetenz abzuklären. Dadurch wird die Chance auf eine nachhaltige Verhaltensänderung erhöht. Die Kommissionsmehrheit findet, dass das Case-Management, welches Zugang zu den älteren Personen findet, die Abklärungen weiterhin übernehmen sollte und nicht die HausärztInnen.

Kommissionsminderheit:

Tamara Lauber (FDP): Die nicht kostendeckende, präventive Beratungsstelle ist ein weiterer Meilenstein in punkto staatliche Bevormundung. Nicht nur angesichts der Kostenentwicklungen im Gesundheitswesen sollte man darauf bedacht sein, die Eigeninitiative des Einzelnen zu fördern. Das Projekt bewirkt genau das Gegenteil, wenn der Staat in diesem Ausmass in die Privatsphäre der älteren Menschen eindringt. Ihnen wird damit das Denken und Handeln abgenommen. Hilfe zur Selbsthilfe wird propagiert. Wer aber mit 70 Jahren noch nicht weiss, dass man sich bewegen und gesund ernähren muss, dem ist nicht mehr zu helfen.

Weitere Wortmeldungen:

Marina Garzotto (SVP): Die Fachstelle existiert nun vier Jahre lang und sollte nach

Meinung der SVP aufgehoben werden. Der verschickte Fragebogen ist eine Zumutung. Darin werden ganz persönliche und zudem komplizierte Fragen gestellt, die nicht einfach mit Ja oder Nein beantwortet werden können. Diese Daten helfen, Kundschaft für die Beratungsstelle zu finden. Den alten Leuten wird fast eingeredet, dass sie ein Problem haben, damit sie die Beratung in Anspruch nehmen.

Uschi Heinrich (SP): *85 % der Unfälle von Personen über 65 Jahren, sind Stürze. Die Kosten belaufen sich in der Schweiz auf rund 2,1 Milliarden Franken pro Jahr. Bei Stürzen mit Todesfolgen handelt es sich um rund 600 000 Franken pro Fall. Wenn ein einziger solcher Stürze durch eine entsprechende Beratung verhindert werden kann, hat man bereits wesentlich mehr eingespartes Geld, als die ganze Weisung kostet. Prävention grundsätzlich abzulehnen ist zynisch.*

Petek Altinay (SP): *Je später man einen älteren Menschen in ein Altersheim überweisen muss, desto mehr spart die Stadt. Mit der Beratung wollen wir Personen sensibilisieren. Sie sollen erfahren, dass es ein solches Angebot gibt. Niemand weiss, was für Schicksalsschläge einen treffen können.*

Jürg Ammann (Grüne): *Es gibt Leute die Glück haben, auch im Alter. Und es gibt die anderen, die durch alle Maschen fallen und irgendwann alleine sowie überfordert sind.*

Karin Weyermann (CVP): *Die CVP wird der Weisung zustimmen. Gerade vor dem Hintergrund der steigenden Gesundheitskosten und der Tatsache, dass es immer mehr ältere Leute gibt, sind wir der Meinung, dass eine präventive Beratung absolut notwendig ist. Sind die Beschwerden genug gross, ist man vielleicht auch bereit sich zu überlegen, ob man nicht etwas ändern soll.*

Gerhard Bosshard (EVP): *Die EVP unterstützt die Weisung. Mich persönlich würde interessieren, wie der Rücklauf des Fragebogens bei den 70-jährigen, auch im Unterschied zu den 75- und 80-jährigen aussieht? Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die 70-jährigen nicht gerade positiv auf solche Fragebögen reagieren. Vielleicht sollte man sich dann überlegen, erst ab 75 Jahren anzufangen.*

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Gesundheits- und Umweltdepartements Stellung.

STR Claudia Nielsen: *So simpel, wie die harschen Worte, die gefallen sind, ist es nicht. Wenn man mit 70 alles schon wüsste und alles schon umsetzen würde, gäbe es ab diesem Alter keine RaucherInnen mehr oder niemanden, der ein Glas zuviel trinkt. Diejenigen, die das Angebot nicht brauchen, sollen es nicht in Anspruch nehmen. Der Fragebogen beruht auf Freiwilligkeit und kann auch weggeschmissen werden. Diejenigen, die jedoch eine präventive Beratung benötigen, sollen die Möglichkeit dazu haben. Zu diesem Zeitpunkt kann ich nicht sagen, wie der Rücklauf bei den 70-jährigen ist, werde dies aber gerne abklären. Insgesamt haben wir bisher einen verhältnismässig kleinen Rücklauf gehabt. In diesem Fall ist dies aber sogar gut. Das bedeutet, dass ein Grossteil wunderbar alleine zurecht kommt.*

3 / 3

Schlussabstimmung

Die Mehrheit der SK GUD beantragt Zustimmung zum Antrag des Stadtrats.

Die Minderheit der SK GUD beantragt Ablehnung des Antrags des Stadtrats.

Mehrheit: Marianne Dubs Früh (SP), Referentin; Präsidentin Maleica Landolt (GLP), Vizepräsidentin Karin Meier-Bohrer (Grüne), Petek Altinay (SP), Jürg Ammann (Grüne), Uschi Heinrich (SP), Andrea Hochreutener (SP), Guido Hüni (GLP), Joe A. Manser (SP), Catherine Rutherford (AL)

Minderheit: Tamara Lauber (FDP), Referentin; Marina Garzotto (SVP), Rolf Müller (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 35 Stimmen zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Für die Fachstelle für präventive Beratung im Alter werden ab 1. Januar 2013 jährlich wiederkehrende Bruttoausgaben von höchstens Fr. 406 100.– bewilligt.

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 29. August 2012 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 28. September 2012)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat